

7. IV. 1917

170

Rußlands Verzicht auf Eroberungen.

Der widerrufenen Miljutow. — Die Entschließung des Vollzugsausschusses.

Petersburg, 6. Mai. (Petersb. Tel.-Ag.)

Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit:

Die am 3. Mai veröffentlichte Note des Ministeriums des Aeußern vom 1. Mai, der die Erklärung der provisorischen Regierung vom 9. April zwecks Uebermittlung an die verbündeten Regierungen angegeschlossen war, hat die Mißbilligung des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates und einen energischen Protest der Demokratie hervorgerufen, der sich in Versammlungen und Massenkundgebungen äußerte. Andererseits gerieten auch die bürgerlichen Elemente in Erregung, indem sie gegen die oberwähnten Kundgebungen der Arbeiter und Soldaten protestierten. Am nächsten Tage griff die Bewegung auf Moskau über. In der Nacht vom 4. auf den 5. wurde eine gemeinsame Sitzung des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, der Regierung und des provisorischen Dumausschusses abgehalten. Am 4. Mai machte die provisorische Regierung dem Exekutivkomitee von der den Botschaftern der verbündeten Mächte zu übersendenden ergänzenden Note Mitteilung und veröffentlichte am 5. die Note, worin sie erklärt, daß die Regierung unter dem Worte „Endsieg“ den Verzicht Rußlands auf Gebiets-eroberungen und auf Besitzergreifung von nationalen Gütern anderer Völker verstehe und auf jede Ausdehnung der Macht Rußlands auf Kosten anderer Staaten verzichte. Angesichts dieser ergänzenden Note hat der Arbeiter- und Soldatenrat folgende vom Vollzugsausschusse vorge-schlagene Entschließung angenommen:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat spricht der revolutionären Demokratie Petersburgs, die in ihren Versammlungen, Entschließungen und Kundgebungen von ihrer angespannten Aufmerksamkeit gegenüber den Fragen der auswärtigen Politik und von ihrer Sorge Zeugnis gegeben hat, daß diese Politik nicht auf die Abwege des eroberungssüchtigen Imperialismus des alten Regimes gerate, ihre wärmsten Glückwünsche aus. In der Tat hat die Note des Ministers des Aeußern vom 1. Mai mancherlei Grund für diese Besorgnis gegeben. Die provisorische Regierung hat nun einen Akt erfüllt, den der Vollzugsausschuß seit langem gefordert hatte, und den verbündeten Regierungen den Wortlaut ihrer Erklärung vom 9. April, betreffend den Verzicht auf eine Eroberungspolitik zur Kenntnis gebracht. Durch diesen Akt hat die Regierung die verbündeten Staaten in die Notwendigkeit versetzt, sich vor ihren Demos-

trationen und vor denen der ganzen Welt über die Eroberungspolitik und die Kriegsziele im allgemeinen auszusprechen. Indessen hatte der Minister des Aeußern die den verbündeten Regierungen überhandte Erklärung vom 9. April mit solchen Aufklärungen begleitet, daß man sie als Versuch auffassen konnte, die wahre Bedeutung des unter-nommenen Schrittes abzuschwächen. Die dem Volke unverständlichen, aus dem Vortrage der Diplomatie des alten Regimes geschöpften Ausdrücke und Formeln jener Note waren geeignet, die begründete Besorgnis hervorzurufen, daß die provisorische Regierung tatsächlich die Absicht habe, auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen sich von der am 9. April verkündeten Richtlinie des Verzichtes auf die Politik der Eroberungen zu entfernen.

Der einstimmige Protest der Arbeiter und Soldaten Petersburgs hat der provisorischen Regierung und allen Völkern der Welt gezeigt, daß die revolutionäre Demokratie Rußlands niemals dem Wiederaufleben der Probleme und Methoden der äußeren Politik der zaristischen Epoche zustimmen wird. Die jüngsten Aufklärungen der provisorischen Regierung, die durch diese Proteste hervorgerufen und zu öffentlicher und allgemeiner Kenntnis gebracht worden sind, setzen allen Deutungen der oberwähnten Note in einem dem Interessen und Forderungen der revolutionären Demokratie entgegengesetzten Sinne ein Ziel.

Die Tatsache, daß der erste Schritt getan worden ist, um die Frage des Verzichtes auf die Politik der Eroberungen zur internationalen Debatte zu stellen, muß als wichtiger Sieg der Demokratie angesehen werden. Indem der Arbeiter- und Soldatenrat seinen unerschütterlichen Entschluß ausspricht, in Zukunft in dem Kampfe für den Frieden zu verharren, fordert er die gesamte revolutionäre Demokratie Rußlands auf, sich noch enger um ihre Arbeiter- und Soldatenräte zu scharen und gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Völker aller kriegsführenden Länder den Widerstand ihren Regierungen zu brechen wissen und sie zwingen werden, Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen und Kriegsschädigungen einzuleiten.“